

Victor Mizin

Die russisch-amerikanischen Beziehungen jenseits der Neustart-Politik

In den Beziehungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten gab es stets Höhen und Tiefen. Die Interaktion zwischen der Sowjetunion und den USA, den führenden Mächten der politischen Blöcke, die sich im Kalten Krieg gegenüberstanden, hat die Gesamtheit der globalen politischen Prozesse in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt. Ihre Pattsituation war nicht nur der Inbegriff des Wettbewerbs zwischen zwei Ideologien, Lebensweisen und Herrschaftsformen, sondern sie war auch ein Kampf zwischen zwei geopolitischen Giganten um globalen Einfluss.

Im 18. Jahrhundert unterstützte Russland aktiv die amerikanischen Kolonisten in ihrem Kampf gegen das britische Empire, wie beispielsweise aus der „Erklärung der bewaffneten Neutralität“ Katharinas der Großen aus dem Jahr 1780 ersichtlich ist. Nachdem Russland seine Siedlungen in Kalifornien 1841 aufgegeben und 1867 Alaska an die USA verkauft hatte, unterhielten beide Staaten enge diplomatische Beziehungen. Washington war u.a. daran interessiert, in den Bau russischer Eisenbahnen, insbesondere im Fernen Osten und in Sibirien, zu investieren und in den Ende des 19. Jahrhunderts boomenden russischen Bankensektor einzusteigen. Die USA unterstützten die Verhandlungen über den Vertrag von Portsmouth, der den russisch-japanischen Krieg von 1904-1905 beendete, den Russland verloren hatte. Nach der Machtübernahme der Bolschewiki im Jahr 1917 und kurzzeitigen Interventionen Amerikas in Archangelsk und Wladiwostok wurden die USA zum größten Lieferanten von Technologie, Know-how und Industriemaschinen für die Industrialisierungsbestrebungen der Sowjetunion. Dies machte nicht nur den verwüsteten und verarmten stalinistischen Staat zu einer führenden Weltmacht, der es später gelang, die Nazi-Kriegsmaschinerie zu besiegen, sondern trug auch zur Rettung der US-amerikanischen Wirtschaft während der Großen Depression bei und ermöglichte so den Aufstieg der USA zur weltweit führenden Wirtschaftsmacht nach dem Zweiten Weltkrieg.

Auch wenn mehrmals – vom Koreakrieg über die Berlin-Krise von 1961 bis zum Nahostkonflikt von 1973 – die Gefahr bestand, in einen „heißen“ Krieg hineinzuschlittern, dienten die USA aus sowjetischer bzw. russischer Sicht stets auch als eine Art Maßstab, an dem sich alle Erfolge und Misserfolge Moskaus messen lassen konnten.

Nach dem Untergang der Sowjetunion waren die russischen Eliten zutiefst darüber frustriert, dass die amerikanische Regierung Moskaus Ansprüche auf einen Status als strategischer Partner grundsätzlich ignorierte und Russland mit den Problemen der demokratischen Transformation allein ließ – gerade so wie Donald Rumsfeld es mit dem Irak getan hat, nachdem das Land erst

einmal von der Diktatur Saddam Husseins befreit war. Die russischen Eliten, die zu Beginn der 1990er Jahre über ihren stark geschwächten Staat walten mussten, waren von Amerikas Anspruch, die – nach dem berüchtigten Konzept der „unipolaren Welt“ – einzige globale Supermacht zu sein, irritiert. Dies ließ bereits die zukünftigen Spannungen, selbst während der Zeit der Clinton-Regierung, die Moskau im Prinzip bereits als ernsthaften internationalen Akteur abgeschrieben hatte, erahnen.

Obwohl die Beziehungen in den 90er Jahren relativ freundschaftlich waren, beschränkten die USA ihre Unterstützung auf die Entsendung einiger dubioser Wirtschaftsberater und den Versuch, einige der noch übrig gebliebenen auf dem neuesten Stand befindlichen russischen Technologien, insbesondere in den Bereichen Weltraum-, Software- und Nukleartechnik, abzuschöpfen, während sie gleichzeitig das russische Verteidigungspotenzial mithilfe des bemerkenswert erfolgreichen Nunn-Lugar-Programms zur kooperativen Bedrohungsminde rung (*Co-operative Threat Reduction*, CTR) beschränkten. Selbst heute ist die Präsenz der USA in Russland mit Boeing und einigen wenigen großen Energie- und IT-Unternehmen als den einzigen größeren Repräsentanten im Land eher überschaubar. Die Clinton-Regierung formulierte außerdem einige grundlegende Eckpunkte ihrer Politik, die sie an nachfolgende US-Regierungen weitervererbte. Dazu gehören die Strategien der NATO-Erweiterung und der Unterstützung für die neuen unabhängigen Staaten auf postsowjetischem Territorium, die Entwicklung moderner Rüstungstechnik, darunter Raketenabwehrsysteme (*Anti-Ballistic Missiles*, ABM), die für Moskau besonders besorgniserregend waren, sowie die Nutzung von Demokratie- und Menschenrechtsfragen, um dem Kreml Zugeständnisse zu entlocken, insbesondere immer dann, wenn es nötig war, die Konservativen im amerikanischen Kongress zu beschwichtigen.

Barack Obama wurde von der Demokratischen Partei der Vereinigten Staaten dazu auserwählt, die von der verbohrteten Politik von Präsident George W. Bush erheblich ausgehöhlt Autorität Amerikas in der Welt wiederherzustellen und das Image der USA als Führer der freien Welt wiederzubeleben, der die Unterstützung und das Vertrauen der NATO-Verbündeten ebenso genießt wie das der freundlich gesonnenen Staaten unter den Entwicklungsländern. Eine der unbedeutenderen Komponenten dieser langfristigen „Comeback“-Strategie war die Idee, die Beziehungen zu Russland zu verbessern, das zwar nicht die zentrale Bedeutung wie China hatte, aber in praktischer Hinsicht immer noch sehr wichtig war, z.B. wenn es darum ging, die Interessen der USA in der islamischen Welt und in Eurasien zu unterstützen.

Obamas Sieg bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen weckte in Moskau gedämpfte Erwartungen, was eine Wendung der amerikanischen Außenpolitik zum Besseren anging. Im Laufe der beiden Amtszeiten von George W. Bush waren die bilateralen Beziehungen ziemlich frostig geworden, obwohl Bush anfangs noch auf „persönliche Chemie“ gesetzt hatte. Daran änderte auch nichts, dass Moskau seine Solidarität mit dem amerikanischen

Volk nach der Tragödie des 11. September 2001 zum Ausdruck brachte und mit erkennbarer Zurückhaltung auf den Einmarsch der USA in den Irak und Afghanistan sowie auf Washingtons Rücktritt vom ABM-Vertrag und auf die generell feindselige Haltung der Bush-Regierung gegenüber Fragen der Rüstungskontrolle, die dieses Thema für viele Jahre fast begrub, reagierte.

Die von Vizepräsident Joseph Biden vorgestellte „Neustart“-Politik half das bittere Erbe der Ära Bush zu überwinden und brachte die bilateralen Beziehungen scheinbar wieder auf den richtigen Weg, zeigte sie doch das Interesse der USA an einer vertieften Zusammenarbeit mit Moskau bei Themen wie China, Iran, Afghanistan und der Bekämpfung des internationalen islamistischen Terrorismus sowie der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Russland sympathisierte von Anfang an stillschweigend mit dem neuen US-Präsidenten, wenn es auch angesichts dessen Unerfahrenheit in internationalen Angelegenheiten ein wenig besorgt war – die andererseits aber auch wieder als Vorteil gesehen wurde, da sie Moskau die Chance gab, dem amerikanischen „Neuling“ die eigenen Ansätze zu oktroyieren. Aus amerikanischer Sicht bestand Obamas Hauptaufgabe, für die er vielen anderen Mitbewerbern vorgezogen worden war, darin, Amerikas Führungsrolle in der Welt wiederherzustellen, Auswege aus der globalen Wirtschaftskrise zu finden, die Position der USA als weltweit führende Wirtschaftsmacht zu stärken und die beschädigten Beziehungen mit den Verbündeten, den Entwicklungsländern und Russland zu verbessern.

Zwischen Russlands jungem Staatschef, Dmitri Medwedew, und Amerikas schwarzem Präsidenten schien die Chemie in gewisser Weise zu stimmen, insbesondere zu jener Zeit, als Moskau eine Politik der umfassenden Modernisierung betrieb, um den Herausforderungen des neuen Jahrhunderts gewachsen zu sein, und feststellte, dass „Freiheit besser ist als Unfreiheit“. All das wurde mit dem sogenannten „Friedenserzwingungseinsatz“ gegenüber Georgien nach dessen Angriff auf Südossetien im Jahr 2008 zunichte gemacht, als Medwedew, angeblich auf Druck russischer Sicherheitsorgane und von Wladimir Putin selbst, sein Land in einen Vergeltungsschlag gegen das Regime von Micheil Saakaschwili führen musste. Die darauf folgenden harschen Erklärungen zur Raketenabwehr, in denen im Stil des Kalten Krieges mit einer „adäquaten asymmetrischen Antwort“ gedroht wurde, verbesserten nicht eben die bilateralen Beziehungen.

Gleichzeitig war Moskau irritiert, dass die NATO, allen voran die USA, Medwedews Vorschlag für ein neues euroatlantisches Paradigma gemeinsamer Sicherheit mehr oder weniger rundheraus ablehnte. Medwedew war davon überzeugt, dass ein neues Denken dringend notwendig war, um eine neue konventionelle oder nukleare Konfrontation zu verhindern.

Seit der friedlichen „Revolution“ von 1991 und dem Untergang der Sowjetunion diskutieren russische Experten auf der Suche nach einer „nationalen Idee“ die Frage der russischen Identität – ist Russland ein europäischer oder ein eurasischer Staat oder ist es ein Gebilde *sui generis*? Gleichzeitig stellt

Putin das Land in seinem Artikel „*Russia and the changing world*“¹ vom Februar 2012 als integralen Bestandteil Europas dar. Russland besetze in der multipolaren Welt eine Nische mit einer erweiterten Einflussphäre im sogenannten postsowjetischen „nahen Ausland“ und habe Interesse an der Schaffung eines „gemeinsamen wirtschaftlichen und menschlichen Raumes vom Atlantik bis zum Pazifischen Ozean“. Während die EU Russlands wichtigster Wirtschaftspartner geworden ist, wird die NATO noch immer als die größte militärische Herausforderung betrachtet, wenn auch nicht länger als Feind. Im ständigen Tauziehen mit Washington versucht Moskau jedoch regelmäßig seine Position zu stärken, indem es die „Gemeinsames-Haus-Europa“-Karte ausspielt.

Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Jahr 2007 machte all die Frustrationen und Klagen einer russischen politischen Klasse deutlich, die erkannt hat, dass Russland wegen der Dinge, die es dem Westen zu bieten hat, geduldet, nicht aber als gleichberechtigt in die westliche Gemeinschaft aufgenommen wird.²

Als wollte er das Desinteresse des Westens kompensieren, stellte Putin in seinem im Vorfeld der Wahlen im Oktober 2011 veröffentlichten Manifest „*A new integration project for Eurasia: The future in the making*“³ sein neues „Integrationsprojekt“ vor. Die Eurasische Union ist laut Putin weit davon entfernt, „in irgendeiner Weise eine Wiederbelebung der Sowjetunion“ zu sein. Sie stelle vielmehr eine „starke supranationale Vereinigung dar, die das Potenzial hat, einer der Pole in der modernen Welt zu werden“. Eine solche Union stünde gleichberechtigt neben den großen regionalen Organisationen wie der EU, mit denen sie enge Partnerschaften unterhalte, die „zu Veränderungen in der geopolitischen und geökonomischen Ordnung des gesamten Kontinents führen“ würden. Diese Initiative hat zweifellos erhebliche Besorgnis in Europa und den USA hervorgerufen, wo sie als offensichtlicher Versuch betrachtet wurde, die Sowjetunion mit anderen Mitteln wiederherzustellen.⁴ In den vergangenen zehn Jahren hat Russland seine Militärpräsenz im postsowjetischen Raum, insbesondere im Rahmen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) sowie durch die Erhöhung seiner Militärpräsenz in Zentralasien und die dauerhafte Stationierung von Trup-

1 Vgl. Vladimir Putin, *Russia and the changing world*, 27 February 2012, rt.com, unter: <http://rt.com/politics/official-word/putin-russia-changing-world-263>.

2 Vgl. Rede des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir W. Putin, auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 10. Februar 2007, deutsche Übersetzung in: russland.RU, unter: <http://russland.ru/rupol0010/morenews.php?iditem=15254> (Teil 1) sowie unter: <http://russland.ru/rupol0010/morenews.php?iditem=15273> (Teil 2).

3 Vgl. Vladimir Putin, *A new integration project for Eurasia: The future in the making*, in: *Izvestija*, 3. Oktober 2011, unter: <http://www.russianmission.eu/en/news/article-prime-minister-vladimir-putin-new-integration-project-eurasia-future-making-izvestia-3->.

4 Vgl. hierzu den Kommentar der damaligen Außenministerin Hillary Clinton, zitiert nach: Charles Clover, *Clinton vows to thwart new Soviet Union*, in: *Financial Times*, 6. Dezember 2012, unter: <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/a5b15b14-3fcf-11e2-9f71-00144feabdc0.html>.

penkontingenten in den abtrünnigen Republiken Südossetien und Abchasien, verstärkt.

Moskau ist jedoch äußerst besorgt darüber, dass die NATO und die Europäische Union zwar enge Verbindungen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas pflegen, Russland jedoch als einen unberechenbaren Außenseiter betrachten und es von den wichtigsten Diskursen und Institutionen der euroatlantischen Gemeinschaft ausschließen. Russland ist ebenfalls darüber besorgt, dass die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten nach dem Kalten Krieg eine Ordnung geschaffen haben, die Russland *de facto* außen vor lässt und seine lebenswichtigen Interessen ignoriert. Dennoch haben die NATO und Russland 1997 die NATO-Russland-Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit unterzeichnet, die die formale Grundlage für die Beziehungen zwischen der NATO und Russland bildete und zur Erarbeitung eines bilateralen Programms für Konsultation und Zusammenarbeit im Rahmen des Gemeinsamen Ständigen Rates führte. 2002 wurden die Beziehungen Russlands zur NATO und zu den USA dank der Unterzeichnung der Erklärung von Rom, „NATO-Russland-Beziehungen: Eine neue Qualität“, die den NATO-Russland-Rat ins Leben rief, der an die Stelle des Gemeinsamen Ständigen Rates trat, sogar noch enger. Trotz der unterschiedlichen Ansätze wurden seitdem zahlreiche Kooperationsprojekte auf den Weg gebracht – auch wenn die Beziehungen niemals den Status einer echten Partnerschaft erreicht haben.

Die zweite Amtszeit von Barack Obama, in die die Rückkehr Putins in das Amt des russischen Präsidenten fiel, markierte eine neue Phase in den amerikanisch-russischen Beziehungen. Der Hintergrund schien allerdings nicht viel günstiger zu sein. Es gibt jedoch noch eine Chance, die bilateralen Beziehungen auch jenseits der Neustart-Politik zu fördern: Präsidenten neigen in ihrer zweiten Amtszeit in der Regel stärker dazu, umstrittene Entscheidungen zu treffen und riskante Initiativen zu ergreifen. Obamas Regierung befindet sich derzeit allerdings außen- und innenpolitisch in so vielen verfahrenen Situationen, dass der Versuch, einen neuen dramatischen Durchbruch in den Beziehungen zu Russland herbeizuführen, eher unwahrscheinlich ist.

Dass Obama stärker mit anderen Problemen wie z.B. der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und dem Nahost-Konflikt beschäftigt ist, und dass er dazu neigt, gut formulierte Reden zu halten, die in der Regel keine konkreten Schritte nach sich ziehen, sobald er zu neuen Themen übergeht, blieb Moskau nicht verborgen. So erwartet Moskau von Obamas Außenpolitik auch keinen „Schwenk nach Russland“.

Inzwischen haben die vergangenen Monate nur bestätigt, wie hartnäckig sich die divergierenden Einstellungen beider Länder zu wichtigen Themen halten. Die USA sind – wie auch der Westen insgesamt – zutiefst besorgt über die jüngsten innenpolitischen Entwicklungen in Russland, vom Fall Chodorkowski über die Inhaftierung von *Pussy Riot* bis zu den Angriffen auf die aufkeimende Opposition und die Verabschiedung geradezu bizarrer und drakonischer

scher Gesetze durch das russische Parlament. Das Magnitski-Gesetz⁵ und der Fall Snowden haben die bereits getrübbten bilateralen Beziehungen nur noch weiter verschlechtert. Auch wenn Moskaus Innenpolitik nicht unbedingt die größte Sorge der Obama-Regierung ist, die dazu neigt, Differenzen mit Russland zu beschönigen, kann sie die Themen Menschenrechte und Demokratisierung nicht vermeiden, was die russische Regierung schwer verärgert. Die Konservativen im amerikanischen Kongress fordern, Russland für die mangelnde Einhaltung universeller demokratischer und menschenrechtlicher Normen zur Rechenschaft zu ziehen. All dies hat zum Ende der Neustart-Politik beigetragen. Russlands Außenminister Sergei Lawrow zufolge konnte der „Neustart“ nicht ewig halten, weil – um in der Computerterminologie zu bleiben – ein ewiger „Neustart“ zu einem Systemausfall oder einem völligen „Einfrieren“ des Systems führen würde. Er schlug daher vor, eine neue Qualität der Beziehungen anzustreben.⁶

In den bilateralen amerikanisch-russischen Beziehungen sind derzeit folgende Themen von zentraler Bedeutung:

- Die Jackson-Vanik-Klausel, mit der die USA Russland den Status der Meistbegünstigung verweigerten, wurde inzwischen wieder aufgehoben und Russland ist der Welthandelsorganisation (WTO) beigetreten.
- Gleichzeitig reagierte das russische Parlament auf das Magnitski-Gesetz mit der Verabschiedung des Dima-Jakowlew-Gesetzes.⁷ Die im Magnitski-Gesetz enthaltenen Einreisebeschränkungen für russische Bürger waren für russische Offizielle, von denen viele Eigentum in den USA besitzen oder sich dort regelmäßig aufhalten, besonders schmerzhaft.
- Die gemeinsamen Bemühungen zur Bekämpfung des Drogenhandels wurden drastisch reduziert.
- In den Bemühungen um den Abbruch des iranischen und des nordkoreanischen Nuklearprogramms wurden nur geringe Fortschritte erzielt.
- Im Kampf gegen den internationalen islamistischen Terrorismus gibt es keine konkrete Zusammenarbeit, wie der Fall der Zarnaev-Brüder gezeigt hat.
- In der ABM-Frage konnte keine Einigung erzielt werden.
- Russland bleibt ein wichtiger Faktor in den zukünftigen Beziehungen der USA zu China.

5 Der *Magnitsky Act* ist ein 2012 verabschiedetes US-amerikanisches Gesetz, das Sanktionen gegen russische Offizielle verhängte, denen vorgeworfenen wurde, für den Tod Sergei Magnitskis, eines Wirtschaftsprüfers, der eine Untersuchung in Fällen von Steuerbetrug auf höchster Ebene leitete, während seiner Untersuchungshaft verantwortlich zu sein.

6 Vgl. *Russia-US reset cannot last forever* – Lavrov, RT, 3. Oktober 2012, unter: <http://rt.com/politics/russia-us-reset-lavrov-software-557/>.

7 Das Dima-Jakowlew-Gesetz enthält neben Maßnahmen gegen nichtstaatliche Organisationen, die Gelder aus den USA bekommen, ein Adoptionsverbot für russische Kinder durch amerikanische Adoptiveltern. Das Gesetz wurde nach einem russischen Waisenjungen benannt, der in Amerika starb, weil sein Adoptivvater ihn bei großer Hitze in einem Auto zurückgelassen hatte.

- Auch nach ihrem Rückzug aus Afghanistan betrachten die USA Russland weiterhin als maßgeblichen geopolitischen Akteur in Eurasien, was ein nicht zu vernachlässigender Faktor ist.
- Washington ist noch immer äußerst beunruhigt über die sich abzeichnende russische Strategie zur Förderung des sogenannten „Eurasien-Vektors“, mit der, so die Befürchtung, eine Art „Sowjetreich“ wiederhergestellt werden könnte.
- Moskau nutzt die aktuellen innenpolitischen Probleme der USA dazu, Washington wegen des Mangels an echter Demokratie, der Missachtung der Menschenrechte und der Schaffung eines Polizeistaats unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung zu kritisieren.

Im Laufe des Jahres 2012 verschärften sich die Spannungen zwischen beiden Ländern aufgrund von Meinungsverschiedenheiten über Syrien und den Inhalt und die Praxis der Demokratie.

Als einzige mögliche Bereiche der Zusammenarbeit bleiben folglich Fragen der Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Kernwaffen. Trotz demonstrativer Erklärungen der Zusammenarbeit und Partnerschaft sind strategische Nuklearwaffen bislang der einzige Bereich, in dem die amerikanisch-russische Partnerschaft überhaupt nennenswerte Fortschritte hervorgebracht hat – und das auch nur, weil sie mit den zentralen Themen russischer Staatlichkeit und Moskaus Sorgen im Bereich „harter“ Sicherheit verbunden sind.

Mit der Begründung, dass die Vernichtung von Nuklearwaffen ein fernes und schwer erreichbares Ziel sei, setzt Russland strategisch unmissverständlich alles auf die nukleare Karte. Dies ist nicht nur in Grundsatzdokumenten verankert, sondern sitzt auch tief in den Herzen und Köpfen von Experten, Regierungsbeamten und normalen Bürgern. Die gegenwärtige, bis 2020 gültige Nationale Sicherheitsstrategie der Russischen Föderation und die neue russische Militärdoktrin legen fest, dass Russland unter den gegenwärtigen Bedingungen über ein Nuklearpotenzial verfügen muss, das gewährleisten kann, dass einem Aggressor (einem Staat oder einer Staatenkoalition) unter beliebigen Umständen ein bestimmter Schaden zugefügt wird. Nuklearwaffen werden also als ultimatives Abschreckungsmittel wahrgenommen, als Präventionsinstrument für jede Art von Aggression und als wichtigster Faktor zum Schutz der Sicherheit des Staates und seiner Verbündeten sowie zur Aufrechterhaltung des weltweiten Friedens und der internationalen Stabilität. Russland benötigt sein Nuklearwaffenarsenal, um das strategische Umfeld zu gewährleisten, in dem es seine Modernisierung, einschließlich der Modernisierung der maroden konventionellen Streitkräfte, abschließen kann. Nuklearwaffen sichern ebenso Russlands Sonderstatus in der Welt als Ständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrats und als einer der führenden internationalen Akteure.

Während also westliche liberale Kreise vermehrt Argumente zugunsten einer atomwaffenfreien Welt vorbringen, treten russische Experten dem entgegen,

indem sie die sofortige bedingungslose nukleare Abrüstung für unzulässig erklären, und betrachten das Nuklearpotenzial als das wertvollste Gut, dessen die Gegner Russland gerne berauben würden.

Einige russische Militärexperten sind der Meinung, dass die Beseitigung des Risikos eines großen, mit Kernwaffen ausgetragenen Krieges deren „begrenzten“ Einsatz als Kampfverstärker in einem Krieg (z.B. bei einem Schlag gegen gutgeschützte unterirdische Anlagen für Massenvernichtungswaffen oder gegen kompakte von Terroristen kontrollierte Enklaven) paradoxerweise plausibler macht. Sie trauen der kürzlich vollzogenen grundlegenden Neuausrichtung der USA auf präzisionsgelenkte konventionelle Hightech-Waffen nicht und verweisen als Beleg dafür auf die anhaltende Modernisierung und Stärkung des amerikanischen Nuklearwaffenarsenals, die Modernisierung der Entwicklungs- und Produktionsinfrastruktur und die Weigerung der USA, den umfassenden Kernwaffenteststoppvertrag (*Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty*, CTBT) zu ratifizieren. Trotz der drastischen Reduzierung der Zahl der amerikanischen Sprengköpfe betrachten sie die amerikanischen Pläne zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit der vorhandenen Nuklearwaffen durch das *Stockpile-Stewardship*-Programm als Fortsetzung des Anspruchs auf globale Vorherrschaft angesichts der Tatsache, dass die russischen Nuklearkapazitäten rasch schrumpfen könnten, was zu einer zukünftigen überwältigenden nuklearen Überlegenheit der USA führen würde. In ihren Kommentaren zu Obamas Denuklearisierungsinitiative verweisen russische Experten auf deren Widersprüche und auf Obamas Eingeständnis, dass Nuklearwaffen nicht beseitigt werden können, solange es auch nur einen einzigen Nuklearwaffenstaat in der Welt gibt. Dieses Misstrauen gegenüber den wahren Absichten der amerikanischen Strategen ist der entscheidende Faktor. Die meisten russischen Militärexperten zeigen sich unbeeindruckt von den ausgefeilten Argumenten amerikanischer Spezialisten wie z.B. George Perkovich.⁸ Deren Art der Argumentation wird bestenfalls als typische liberale Rhetorik betrachtet, die die rauen strategischen Realitäten ignoriert. Im ungünstigsten Fall wird sie als Versuch angesehen, Russland einseitig seiner einzigen bedeutenden Verteidigungskapazität zu berauben. Viele Experten in Russland sind davon überzeugt, dass die neue Generation konventionell bestückter strategischer Waffensysteme in den amerikanischen Arsenalen Russlands Zweitschlagfähigkeit minimieren oder gar zunichtemachen könnte. Wie sollten nun also neue strategische Reduzierungen durchgeführt werden? Welches sind die numerischen Grenzen? Was sind die nächsten Schritte?

Die meisten russischen Militärs sind sich heute darin einig, dass die strategische Rüstungskontrolle auf einer gewissen Höhe stagniert. Sowohl amerikanische als auch russische Militärs scheinen eher abgeneigt, weitere (tiefere) Einschnitte vorzunehmen. Zusätzliche „*deep cuts*“ sind nur möglich, so die

8 Z.B. George Perkovich, *Do Unto Others: Toward a Defensible Nuclear Doctrine*, Washington, D.C., 2013.

vorherrschende Meinung in Moskau, wenn einige wichtige Faktoren berücksichtigt oder eliminiert werden.

Dies betrifft zunächst die neuen Dimensionen strategischer Stabilität. Wenn wir mit der Reduzierung der Gefechtsköpfe fortfahren, können die verbleibenden Sprengköpfe theoretisch von einem Erstschlag außer Gefecht gesetzt werden, selbst wenn sie mobil oder versteckt sind. Das Risiko, dass eine reduzierte Anzahl von Gefechtsköpfen keine wirksame strategische Abschreckung darstellt, wird durch die Stationierung nationaler (oder globaler) Raketenabwehrsysteme, die die Wirksamkeit eines Zweitschlags einschränken, noch erhöht.

Außerdem würden die amerikanischen und russischen Nuklearkapazitäten nach weiteren starken Reduzierungen mit denjenigen anderer Nuklearwaffenstaaten vergleichbar, insbesondere mit denjenigen von *De-facto*-Atommächten. Dies würde mit Blick auf die strategische Stabilität zu einer völlig neuen Situation führen und Moskau und Washington zu regionalen „Atombaronen“ degradieren – ein wenig beneidenswerter Status. Moskau ist, wenn auch stillschweigend, besonders alarmiert angesichts des raschen Anwachsens des militärischen Potenzials Chinas. Die russischen Nuklearstreitkräfte auf dasselbe Niveau wie die chinesischen abzusenken, würde Russland daher verwundbar gegenüber Beijings zunehmender Überlegenheit bei den konventionellen Streitkräften im Fernen Osten machen.

Rein zahlenmäßig stimmen russische Experten generell zu, dass die Anzahl der Gefechtsköpfe demnächst bei rund 1.300-1.400 liegen und dann noch weiter auf 1.200 abgesenkt werden könnte. Unter Berücksichtigung der weltweit vorhandenen potenziellen Ziele (und Bedrohungen) liege die unterste Grenze bei 1.000. Diese Ansicht teilen auch viele US-amerikanische Experten. Die Grenze weiter abzusenken würde bedeuten, das gesamte Abschreckungskonzept, einschließlich des Konzepts der erweiterten Abschreckung, auszuhöhlen oder neu zu definieren. Dies ist eines der größten Hindernisse, das jedoch beseitigt werden könnte, wenn bestimmte Kriterien erfüllt würden.

Zunächst müssen die *De-facto*-Nuklearwaffenstaaten damit beginnen, ihre Atomwaffenkapazitäten schrittweise zu beseitigen; vor allem aber müssen die nationalen Raketenabwehrpläne der USA (*Ballistic-Missile Defense*, BMD) unwiderruflich eingemottet werden. Andere Nuklearwaffenstaaten müssen zumindest ihre Bereitschaft zu mehr Transparenz und zur Begrenzung der Aufrüstung ihrer Nuklearwaffenpotenziale zeigen. Diese Staaten müssen sich nach Ansicht russischer Experten dem Prozess anschließen, wobei Großbritannien oder Frankreich den Anfang machen könnte. Allerdings wird es zweifellos sehr schwer sein, sie an den Verhandlungstisch zu bringen.

Welches werden die wichtigsten Streitfragen sein, wenn die Gespräche über zukünftige Reduzierungen wieder aufgenommen werden? Welches sind die größten Probleme auf dem Weg zu weiteren Reduzierungen, wenn auch nicht

zu einer nuklearwaffenfreien Welt, wie sie sich im russischen strategischen Denken darstellen?

Erstens gibt es, wenn man so will, philosophische Probleme. Dazu gehören weitere Schritte in Richtung bilateraler strategischer Reduzierungen sowie zur Stärkung der strategischen Stabilität. Die globale Stabilität müsste so gestaltet werden, dass sie nuklearer Abrüstung förderlich ist. Das erfordert ein sehr niedriges Intensitätsniveau internationaler und regionaler Spannungen, die Entschärfung regionaler Konflikte und das Nichtvorhandensein von Rivalitäten, zumindest zwischen den Großmächten, also etwas, was dem Goldenen Zeitalter oder dem ewigen Frieden Immanuel Kants sehr nahekäme.

Eine weitere sehr heikle, interessante und oft beschworene Frage betrifft die nichtstrategische nukleare Komponente der amerikanischen und russischen Arsenale. Während die Obama-Regierung es für dringend notwendig hält, Gespräche über dieses Thema zu beginnen, ist Moskaus Haltung in dieser Frage allenfalls zwiespältig. Der Kreml verlangt, dass die USA zunächst ihre taktischen Nuklearwaffen auf ihr eigenes Territorium zurückziehen. Diese Bedingung ist nicht erfüllbar, selbst wenn die NATO ihr Strategisches Konzept vor 2020 durch ein neues ersetzt, da sie das gesamte Konzept der erweiterten Abschreckung aushöhlt. Russland hält seinerseits an der Bedeutung taktischer Nuklearwaffen fest, da es sich selbst im Vergleich mit der NATO (und mit China) als „Zwerg“ betrachtet, was die konventionellen Fähigkeiten angeht. Es wäre jedoch eventuell möglich, zumindest erste Gespräche über Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz aufzunehmen und dann vielleicht einen Datenaustausch zu beginnen. Eine ultimative Lösung, d.h. eine „Null-Lösung“ für diese Waffen, kann es erst im Kontext zukünftiger Begrenzungen konventioneller Waffen in Europa geben.

Ernsthaft besorgt ist Russland über Pläne der USA, neue konventionelle strategische Kapazitäten analog zum Konzept des „*Prompt Global Strike*“⁹ zu schaffen. Viele russische Militärs glauben, dass diese gezielt gegen russische Kommando- und Kontrollzentralen oder Frühwarnsysteme eingesetzt werden und Moskau damit zwingen könnten, einen totalen Atomkrieg zu entfesseln. Auch dies mag paranoid erscheinen, spiegelt jedoch lediglich den Minderwertigkeitskomplex und die Angst russischer Militärs wider, dass Washington aus einer Position der Stärke heraus Russland untragbare Bedingungen diktieren würde. Aus diesem Grunde müssen weitere Beschränkungen über diese Waffen verhängt werden.

Das wichtigste Thema, darin sind sich alle Russen einig, ist das sogenannte „*upload potential*“,¹⁰ d.h. das Problem nicht einsatzbereiter Sprengköpfe. Die USA lehnen traditionell jegliche Beschränkungen ihrer *Upload*-Fähigkeit

9 Ziel des „*Prompt-Global-Strike*“-Konzepts ist es, innerhalb kürzester Zeit (Minuten bis zu wenigen Stunden) weltweit nahezu jedes Ziel zerstören zu können.

10 Das „*upload potential*“ bezeichnet die Fähigkeit, jene Stärke des strategischen Potenzials wiederherzustellen, die eigentlich vertraglich begrenzt werden sollte, indem Sprengköpfe von ballistischen Raketen mit Mehrfachsprengköpfen entfernt werden, die aber leicht wieder anmontiert werden können.

ab, da sie verständlicherweise versuchen, Reserven zu behalten, um sich gegen jegliche unvorhersehbare Entwicklungen abzusichern, wie z.B. die hypothetische Möglichkeit, dass ein Staat die technologische Fähigkeit zur Herstellung von Atomwaffen erlangt („*nuclear breakout*“), oder ein großer Sprung nach vorn in der chinesischen Militärtechnik. Russland ist noch immer beunruhigt, dass die USA durch die Reduzierung der Anzahl der atomaren Sprengköpfe auf einer Rakete („*download*“) und die Lagerung der abmontierten Sprengköpfe jegliche zukünftige START-Begrenzungen umgehen könnten, so wie George W. Bush es mit dem ABM-Vertrag getan hat, und somit ihre Fähigkeit bewahren, unverzüglich wieder in den Besitz vieler tausend zusätzlicher einsatzbereiter Sprengköpfe zu gelangen. Es mag paranoid sein und komplett der Logik des Kalten Krieges entspringen, aber so ist es nun einmal. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge verfügt Amerika über 1.500-2.000 oder sogar 4.000-5.000 Reservesprengköpfe, womit sie sich einen beträchtlichen Vorsprung sichern. Das ist natürlich bedeutungslos – außer im Falle eines lang anhaltenden Atomkriegs, der mit einem „begrenzten atomaren Schlagabtausch“ nach dem Konzept von James Schlesinger beginnt.

Um das zu verhindern, muss ein zukünftiger Vertrag auch Gefechtsköpfe erfassen, die nicht mit Trägersystemen verbunden sind. Dies würde ein völlig neues System der Vor-Ort-Verifikation erfordern, bei dem eine neue Generation hochentwickelter Detektionssysteme u.a. zur Erkennung radioaktiver Substanzen verwendet wird. Sowohl die USA (unter Clinton) als auch Russland (Experten in Nuklearlaboren) haben mögliche Verfahren bereits in Grundzügen entwickelt. Sie sind technisch machbar und erfordern lediglich ein höheres Maß an Vertrauen, Transparenz und politischer Zusammenarbeit. Es gibt keine technischen Hürden für eine Vor-Ort-Verifikation der Anzahl von Sprengköpfen und deren Demontagestatus oder auch der Menge an spaltbarem Material gemäß der Inventarliste des Vertrags über ein Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke (*Fissile Material Cut-Off Treaty*, FMCT). Viele der dazu erforderlichen Technologien werden von der Internationalen Atom-Energie-Organisation (IAEO) bereits verwendet. Einige davon wurden zur Verifikation der Obergrenzen für seegestützte Marschflugkörper (*Submarine-Launched Cruise Missile*, SLCMs) im Rahmen der Inspektion von Atom-U-Booten in ihren Stützpunkten (z.B. während eines 1989 im Schwarzen Meer durchgeführten Experiments) entwickelt. Die einzige Hürde ist die Zusicherung, dass die geheime oder sensible Technologie nicht offengelegt wird.

Noch weiter gehende Ideen wie z.B. die Deaktivierung und die Verminderung der Einsatzbereitschaft von Nuklearwaffen („*de-alerting*“) scheinen derzeit noch ins Reich der Fantasie zu gehören. Es könnte jedoch interessant werden sich eingehend mit ihnen zu beschäftigen, wenn es an der Zeit ist, Strategien gegenseitig zugesicherter Zerstörung (*mutual assured destruction*,

MAD) aufzugeben und eine Art minimaler (existenzieller) Abschreckung wiederherzustellen, und sie zu einem späteren Zeitpunkt zu erforschen.

Das ABM-Dilemma ist für die gegenwärtige politische Klasse in Russland zu einem höchst irritierenden und symbolträchtigen Thema geworden, das in seiner Bedeutung vielleicht nur noch von den Problemen im Zusammenhang mit Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung übertroffen wird. Es zeigt in aller Deutlichkeit den anhaltenden Ausschluss Russlands aus der Familie der demokratischen westlichen Staaten – obwohl viele russische Experten versichern, dass es keine größeren ideologischen oder inhaltlichen Differenzen zwischen ihnen und ihren Kollegen in der NATO gibt.

Damit erschwert das Thema Raketenabwehr mehr als alles andere eine bedeutende militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit und erweist sich als Zankapfel in den amerikanisch-russischen Beziehungen. Moskau war darüber frustriert, dass seine Initiative zur Einrichtung eines gemeinsamen russisch-europäischen Raketenabwehrsystems zur Abwehr nichtstrategischer Raketen aus dem Jahr 2000 praktisch keine Resonanz bei der NATO fand.

Der *Ballistic Missile Defense Review Report* der Obama-Regierung vom Februar 2010¹¹ sowie zahlreiche Erklärungen von NATO-Offiziellen beharrten darauf, dass die amerikanischen Raketenabwehrsysteme nicht gegen Russland gerichtet, sondern vielmehr als Maßnahme gegen das iranische Raketenprogramm gedacht seien. Die USA glauben nicht, dass der von ihnen verfolgte Ansatz einer in vier Phasen umzusetzenden europäischen Raketenabwehr (*European Phased Adaptive Approach*, EPAA)¹² russische Fähigkeiten unterminiert, wohingegen die vom Iran ausgehende Gefahr zwar gering, aber real sei. Auch wenn die Obama-Regierung die geplanten amerikanischen BMD-Standorte in Europa so geändert hat, dass sie nun weiter von russischen Raketenstützpunkten entfernt liegen, zeigt Moskau angesichts der fortgesetzten Stationierung amerikanischer Raketenabwehrsysteme in Europa und weltweit nach wie vor Nervosität.

Ebenso wenig erfreut war Moskau über Obamas aktualisierte Version des EPAA, die einige Beobachter für noch weitgehender und damit für eine noch größere Bedrohung halten als die entsprechenden Vorschläge der Regierung unter George W. Bush.

Russische Beobachter vertreten die Auffassung, dass der Ausbau des Raketenabwehrnetzes der NATO – auch ohne die Einführung von Abfangraketen (Interzeptoren) des Typs SM-3 Block IIB in Phase IV des EPAA (die angeblich dazu in der Lage sind, strategische Sprengköpfe zu attackieren) oder die Stationierung von Aegis-Kriegsschiffen in der Arktis – Moskaus Zweitschlagpotenzial bedrohe. Unter Berufung auf offizielle US-Dokumente wie

11 United States of America, Department of Defense, *Ballistic Missile Defense Review Report (BMDR)*, Februar 2010, S. 4-5, 12-13, unter: http://www.defense.gov/bmdr/docs/BMDR%20as%20of%2026JAN10%200630_for%20web.pdf.

12 Einen Überblick gibt: Arms Control Association, *The European Phased Adaptive Approach at a Glance*, unter: <http://www.armscontrol.org/factsheets/Phasedadaptiveapproach>.

z.B. *Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense*¹³ oder Äußerungen amerikanischer Offizieller, nach denen EPAA lediglich ein „natürlicher“ Bestandteil der globalen amerikanischen Raketenabwehr sein werde, äußert Russland sich sehr besorgt darüber, dass die „Euro-ABM“ in der Praxis doch wohl keineswegs so begrenzt ist, wie die USA zuvor versprochen hatten, sondern eben Teil der globalen amerikanischen Raketenabwehr ist, die auch über Stützpunkte in den USA selbst, z.B. an der Ostküste, sowie im Fernen und Nahen Osten verfügen wird.

Der von Verteidigungsminister Chuck Hagel angekündigte jüngste Beschluss des Pentagon,¹⁴ bis 2017 14 zusätzliche bodengestützte Abfangraketen (*ground-based interceptors*, GBIs) in Silos in Fort Greely, Alaska, zu stationieren, um die Abschreckung gegen die wachsende Bedrohung durch nordkoreanische Raketen glaubwürdiger zu machen und die erweiterte Abschreckung für Südkorea und Japan zu verstärken, hat in keiner Weise dazu beigetragen die Lage zu verbessern. Dass amerikanische Militärs dem noch hinzufügten, dass ein weiterer Raketenabwehrstandort an der amerikanischen Ostküste notwendig sein könnte, um den Iran abzuschrecken,¹⁵ hat die russischen Befürchtungen nur noch verstärkt, da einige Experten, unter ihnen der führende regierungsunabhängige russische Rüstungskontrollspezialist Alexei Arbatow, der Meinung sind, dass diese Systeme Russland sogar noch gefährlicher werden könnten. Das ist ziemlich merkwürdig, da GBIs, die erstmals 2004 von der Bush-Regierung aufgestellt wurden, veraltet sind, eine ziemlich zweifelhafte Testbilanz aufweisen und noch nie gegen reale Ziele eingesetzt wurden. Außerdem haben die Abfangraketen des Typs SM-3 nach jüngsten Berichten mit verschiedenen technischen Problemen zu kämpfen und wären vermutlich selbst im besten Falle ineffizient, da auch ein frühzeitiges Abfangen („*early intercept*“) nicht früh genug ist, um das Aussetzen von Sprengköpfen und gegebenenfalls Täuschkörpern zu verhindern.¹⁶

Nach Aussage des russischen stellvertretenden Außenministers Sergei Rjabkow habe die teilweise Aufgabe des europäischen Raketenprogramms in keiner Weise dazu beigetragen, Moskaus Sorgen um die nationale Sicherheit

-
- 13 United States of America Department of Defense, *Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense*, Januar 2012, unter: http://www.defense.gov/news/defense_strategic_guidance.pdf.
 - 14 Vgl. US Department of Defense, DOD News Briefing on Missile Defense from the Pentagon, unter: <http://www.defense.gov/transcripts/transcript.aspx?transcriptid=5205>.
 - 15 Vgl. Thom Shanker/David E. Sanger/Martin Fackler, U.S. Is Bolstering Missile Defense to Deter North Korea, in: *The New York Times*, 15. März 2013, unter: http://www.nytimes.com/2013/03/16/world/asia/us-to-bolster-missile-defense-against-north-korea.html?pagewanted=all&_r=0.
 - 16 Ausführlicher hierzu siehe National Research Council of the National Academies, *Making Sense of Ballistic Missile Defense: An Assessment of Concepts and Systems for U.S. Boost-Phase Missile Defense in comparison to other Alternatives*, Washington, D.C., 2012, unter: http://www.nap.edu/catalog.php?record_id=13189; Defense Science Board, Department of Defense, *Defense Science Board Task Force Report on Science and Technology Issues of Early Intercept Ballistic Missile Defense Feasibility*, Washington, D.C., September 2011, unter: <http://www.acq.osd.mil/dsb/reports/ADA552472.pdf>.

auszuräumen.¹⁷ Selbst ein eingeschränktes europäisches Raketenabwehrsystem stelle, so Rjabkow, eine Bedrohung für Russlands Nuklearkapazitäten dar. Russland werde weiterhin auf die Unterzeichnung von „rechtlich bindenden Vereinbarungen, die garantieren, dass die US-amerikanische Raketenabwehr nicht gegen die russischen strategischen Nuklearstreitkräfte gerichtet ist“,¹⁸ pochen. Einige Beobachter, die eine härtere Linie vertreten, sind sogar davon überzeugt, dass „die USA, sobald sie es für notwendig und machbar halten, die vierte Phase des europäischen Raketenabwehrsystems einzuleiten, dies auch unverzüglich tun werden“.¹⁹ Die Sicherheitskonferenz, die am 24. und 25. Mai 2013 in Moskau stattfand, verlief vor diesem Hintergrund letztlich ebenso fruchtlos wie die vom russischen Verteidigungsministerium im Mai 2012 veranstaltete Moskauer Raketenabwehr-Konferenz.

Von der zweiten Obama-Regierung vorgelegte Pläne für weitere Schritte zur Reduzierung strategischer Waffen und zur Begrenzung des EPAA scheinen interessante Möglichkeiten und Durchbrüche bei der Kontrolle strategischer Nuklearwaffen zu versprechen, haben bislang jedoch keine positive Resonanz gefunden.

Derzeit gibt es keine Anzeichen dafür, dass Moskau auf die angesichts der angeblichen Bedrohung durch die amerikanische Raketenabwehr geplante Aufrüstung verzichten wird. Das blockiert substanzielle Fortschritte bei der Rüstungskontrolle.

Die wichtigsten vier Themenblöcke im Bereich Rüstungskontrolle sind derzeit

- die weitere Reduzierung strategischer Streitkräfte,
- Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr,
- nichtstrategische Nuklearwaffen in Europa sowie
- neue Maßnahmen im Bereich konventioneller Rüstungskontrolle.

Von diesen Themen ist Raketenabwehr das bei Weitem problematischste.

Das Thema Raketenabwehr ist für die politischen und militärischen Kreise in Moskau eine Art Obsession. Dabei sind zwei Gruppen von Meinungen zu beobachten: die „Falken“,²⁰ die die weltweite amerikanische Raketenabwehr als beunruhigend bezeichnen und vor ihr warnen und gleichzeitig unmittelbar bevorstehende russische Gegenmaßnahmen und diplomatische Reaktionen

17 Vgl. Moscow to Discuss Changes in US Missile Defense Plans, RiaNovosti, unter: <http://en.rian.ru/world/20130320/180138892.html>.

18 Sergei Rjabkow, zitiert in: ebenda (eigene Übersetzung).

19 Igor Korotschenko, zitiert nach: Inna Soboleva, NATO, Russia consider joint missile-defense system, Russia Beyond the Headlines, 8. April 2013, unter: http://rbth.ru/politics/2013/04/08/nato_russia_consider_joint_missile-defense_system_24761.html (eigene Übersetzung).

20 Hierbei handelt es sich zumeist um pensionierte Offiziere, die den in Moskau ansässigen NGOs Akademie der Militärwissenschaften und Akademie für geopolitische Probleme angehören oder nahestehen, sowie um Experten des russischen Instituts für strategische Studien.

androhen, und die „Tauben“, eine kleine Gruppe bestehend aus „moderaten liberalen“ Experten und einigen pensionierten Generälen, die die Auffassung vertreten, dass die USA auf keinen Fall dazu in der Lage seien, die russischen nuklearen Abschreckungskapazitäten zu unterminieren, sofern Russland das derzeitige Tempo der strategischen Modernisierung beibehält.²¹

Trotz einiger – ausgesprochen subtiler – gegenteiliger Andeutungen fordert Russland noch immer a) rechtlich bindende Verpflichtungen, b) die Begrenzung technischer Fähigkeiten sowie c) die Offenlegung der Standorte geplanter Raketenabwehrkomponenten durch die USA. Dies würde nicht nur auf einige Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz und neue vertrauensbildende Maßnahmen, sondern auf einen neuen ABM-Vertrag hinauslaufen. Eine solche Vereinbarung wäre für die amerikanische Seite verständlicherweise inakzeptabel, zumindest aber hätte Obama keine Chance, sie durch den Kongress zu bringen.

Das Thema Raketenabwehr bleibt die größte Hürde für weitere Rüstungskontroll- und Abrüstungsmaßnahmen, einschließlich der Nichtmilitarisierung des Weltraums, der Reduzierung taktischer Nuklearwaffen und einer engeren Zusammenarbeit bei der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

All dies macht deutlich, dass ein echter qualitativer Durchbruch bei der Abrüstung notwendig ist, da die wichtigsten Kernwaffenbesitzer – die USA und Russland – eigentlich auch heute noch so agieren, als befänden sie sich nach wie vor in der Pattsituation des Kalten Krieges, und auf der MAD-Doktrin beruhende Strategien verfolgen.

Jegliche weitere Schritte im Bereich Rüstungskontrolle werden derzeit von Moskaus „Bedingungs paket“ blockiert, das die komplette Erfüllung der folgenden Forderungen zur Voraussetzung für neue Rüstungskontrollmaßnahmen macht:

- die schrittweise Einbeziehung aller Nuklearwaffenstaaten,
- die Verhütung der Stationierung von Weltraumwaffen,
- Garantien gegen die Fähigkeit zum „nuklearen Durchbruch“,
- keine einseitige Stationierung von Raketenabwehrsystemen,
- keine qualitativen oder quantitativen Ungleichgewichte bei konventionellen Waffen,
- die Implementierung des CTBT und
- die Umsetzbarkeit der zentralen multidimensionalen Rechtsinstrumente für Abrüstung und Nichtverbreitung.

21 Beispiele für diesen Ansatz sind die Beiträge in dem kürzlich vom Moskauer Carnegie Center veröffentlichten Sammelband von Alexey Arbatov/Vladimir Dvorkin/Natalia Bubnova (Hrsg.), *Missile Defense: Confrontation and Cooperation?*, Moskau 2013, sowie die Artikel von Sergey Rogov, dem Direktor des USA-Kanada-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Moskaus Logik ist eindeutig: Russland kann bei der Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht weiter gehen, bevor nicht allen Aspekten strategischer Stabilität Rechnung getragen wird. Weitere Schritte in Richtung einer verifizierbaren und irreversiblen Reduzierung der Kernwaffen in Übereinstimmung mit Artikel VI des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) sollten stufenweise vorgenommen werden, das endgültige Ziel dieses langwierigen Prozesses müsse die vollständige Abrüstung sowie gleiche und unteilbare Sicherheit für alle sein.

Meiner Ansicht nach ist es dringend notwendig, dieses Paket sinnvoll „aufzuschneiden“, indem man zunächst mit einem einzelnen Thema beginnt, z.B. mit der Nichtmilitarisierung des Weltraums.

Das russische Militär hat Pläne angekündigt, eine neue schwere, mit Flüssigtreibstoff angetriebene Interkontinentalrakete (*Intercontinental Ballistic Missile*, ICBM) zu entwickeln, die mit einer großen Zahl von Gefechtsköpfen, Täuschkörpern und weiteren Eindringhilfen bestückt werden kann.²² Damit soll sichergestellt werden, dass das russische strategische Nuklearpotenzial nicht schrumpft. Nach Angaben der Konstrukteure wird diese neue schwere ICBM ebenso wie eine weitere neue, schienen-mobile ICBM (die an die legendäre mit Festtreibstoff angetriebene SS-24 erinnert; das Schienenfahrzeug kann jedoch auch mit dem Nachfolger des Topol-Systems ausgerüstet werden) und die Nachfolgesysteme der mit Festtreibstoff betriebenen und mit Mehrfachsprengköpfen (*Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle*, MIRV) bestückten Jars- und Topol-Raketen in der Lage sein, jeden amerikanischen Raketenschild zu überwinden. Dies ist der Vielzahl der Systeme, der Verwendung neuer manövrierbarer Überschallgefechtsköpfe, die sich ihrem Ziel auf einer nicht vorhersagbaren Flugbahn nähern, sowie neuen Typen von Täuschkörpern, die in Raketenabwehrsysteme eindringen bzw. diese saturieren, zu verdanken.

Während all diese Pläne – wie viele andere Wiederaufrüstungsprogramme in der Vergangenheit auch – wieder verworfen werden können, könnten sie bereits jetzt schädliche Auswirkungen auf die Beziehungen zum Westen und den Zustand der russischen Wirtschaft haben.

Das Thema Raketenabwehr ist insgesamt übermäßig politisiert und die nüchternen Einschätzungen von Experten werden von paranoiden Beschwörungen und einer Flut von Propaganda in den Hintergrund gedrängt.

Schwerer wiegt jedoch noch, dass das Thema Raketenabwehr die gravierende Diskrepanz zwischen der NATO und Russland bei der Beurteilung der Bedrohungslage, in den Doktrinen und sogar hinsichtlich grundlegender demokratischer und gesellschaftlicher Werte aufzeigt. Die beiden Seiten gehören unterschiedlichen Denkschulen im Bereich *Governance* an und haben miteinander unvereinbare sozioökonomische Strukturen. Dies wird noch dadurch

22 Vgl. Russian missile chief claims shield-penetrating ICBM ready by 2018, rt.com, 3. Dezember 2012, unter: <http://rt.com/politics/russian-missile-forces-new-250>.

verstärkt, dass Russland nur unzureichend in Europa integriert ist, Sonderrechte beansprucht und den Vorwurf doppelter Standards erhebt. Und doch gibt es Gründe, optimistisch zu sein.

Selbst russische Militärs sind sich – trotz häufiger gegenteiliger Äußerungen – ziemlich sicher, dass EPAA keinerlei Bedrohung darstellt, da er für Ziele mittlerer Reichweite ausgelegt wurde und im Allgemeinen auch nicht gut funktioniert, was z.B. dem jüngsten Bericht des US-amerikanischen *Government Accountability Office* (GAO) zu entnehmen ist.²³ Die für die nächsten Jahre geplante Anzahl von SM-3-Abfangraketen würde kaum eine echte Gefahr für die große Zahl der Sprengköpfe der russischen strategischen Abschreckung darstellen.

Das Problem besteht vielmehr darin, dass es Unsicherheiten bezüglich der Fähigkeiten der geplanten US-Raketenabwehr und des russischen strategischen Offensivpotenzials gibt. Die Militärs beider Seiten neigen dazu, die Fähigkeiten ihrer Systeme herunterzuspielen und die Daten darüber nur unvollständig preiszugeben. Das führt zu erheblichen Wissenslücken hinsichtlich der tatsächlichen Fähigkeiten der Abfangraketen (gegenüber der Geschwindigkeit der sich nähernden Sprengköpfe), die sich innerhalb der angegebenen Parameter befinden können oder auch nicht.

Eine umfangreichere Zusammenarbeit könnte von einem simplen Austausch nachrichtendienstlicher Daten und Bewertungen bis zur Durchführung gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsprogramme für gemeinsame Raketenabwehrtechnologien reichen.

Realistisch betrachtet würde ein solch hohes Maß an Zusammenarbeit jedoch nicht nur eine neue Qualität der Beziehungen zwischen den beiden Ländern erfordern, sondern die völlige Beseitigung des derzeitigen Klimas aus Misstrauen und Nichtbeachtung der Argumente der jeweils anderen Seite. Zusammenarbeit zwischen den USA (bzw. der NATO) und Russland bei der Raketenabwehr – bei gleichzeitiger Aufgabe der Doktrin des Gleichgewichts des Schreckens – ist erst möglich, wenn Russland Fortschritte bei seiner Demokratisierung²⁴ und Modernisierung macht, sich der Familie der Nationen der freien Welt anschließt und seine imperialen Bestrebungen oder „Großmachtambitionen“ sowie den Wunsch, in Eurasien eine Art Sowjetunion ohne kommunistische Ideologie zu werden, aufgibt. Da wir uns – mental oder operativ – noch immer im Modus des Kalten Krieges befinden, müssen wir uns mit den Grundsätzen strategischer Stabilität in einer multipolaren Welt befassen. Rüstungswettläufe, wie sie zum Kalten Krieg gehörten, sind in der

23 Vgl. United States Government Accountability Office, Standard Missile-3 Block IIB Analysis of Alternatives. Briefing Prepared for House Armed Services Subcommittee on Strategic Forces January 29, 2013, unter: <http://www.gao.gov/assets/660/652079.pdf>.

24 Eine interessante Diskussion über die Demokratisierung in Russland findet sich in: Lilia Shevtsova/Andrew Wood, Change or Decay: Russia's Dilemma and the West's Response, Washington, D.C., 2011; vgl. auch Lilia Shevtsova, A new way for the West to contain Russia, in: Financial Times, 7. Februar 2013, unter: <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/8e0fea1a-7144-11e2-9b5c-00144feab49a.html>.

heutigen globalen Krisensituation ein Anachronismus und müssen vermieden werden. Es muss daher eine rasche Lösung für das ABM-Dilemma gefunden und das Thema insgesamt entpolitisiert werden.

Die Zeit ist reif, dass die USA ihre moralisierende Haltung aufgeben, die in jedem Fall nur dazu führt, dass die Ansichten Amerikas von Moskaus Eliten abgeschmettert werden. Die russische politische Klasse muss sich ihrerseits von ihren postsowjetischen quasi-imperialen Komplexen befreien. Wenn Pragmatismus die Oberhand gewinnen soll, müssen Anstrengungen unternommen werden, um zu vermeiden, dass man sich in rhetorischen Schlachten festfährt.

Klar ist, dass Moskau unter keinen Umständen zum Ziel von westlichen Sanktionen oder Zwangsmaßnahmen werden will. Das ist der wichtigste Punkt in Putins außenpolitischer Botschaft. Obama muss sich eine neue Politik einfallen lassen, die eine neue Phase in den bilateralen Beziehungen einleitet. Das gilt natürlich nur dann, wenn die russische Regierung ein echtes Interesse an der Entwicklung langfristiger konstruktiver Beziehungen mit dem Westen zeigt und wenn der Westen die Probleme versteht, die Russlands demokratischen Übergang so beschwerlich machen.